

DEUTSCHES BILDUNGSWESEN

Unis und Schulen machen mobil gegen die Bundeswehr



Foto: picture alliance / dpa

In Berlin wird ein Minister niedergebrüllt, die Bundeswehr bekommt Hausverbote. Aber nicht überall wird der Diskurs unterdrückt. Ein Besuch im Seminar eines vermeintlichen "Kriegstreibers".

Der Blick aus dem Fenster des kleinen Seminarraumes hoch über Tübingen geht auf die grünen Hügel der Schwäbischen Alb. Die zwei Dutzend Studenten der Politikwissenschaften, die sich an diesem Dienstagnachmittag im Mai um den Konferenztisch drängen, haben allerdings wenig Sinn für die spektakuläre Aussicht. Sie sind mit ihren Gedanken ganz weit weg: auf der Wright-Patterson [Air Force Base](#) nahe Dayton (Ohio).

In der Einöde dieses Militärstützpunktes irgendwo im Nordosten der Vereinigten Staaten fanden im November 1995 die Verhandlungen zum [Dayton-Abkommen](#) statt, mit dem der Krieg in Bosnien und Herzegowina beendet wurde. In seinem Referat trägt ein Student die Inhalte des Vertrages vor: Ende der dreieinhalb Jahre währenden Gewalt, überwacht durch internationale Truppenpräsenz, eine neue Verfassung mit den Kernelementen Demokratie und Marktwirtschaft, Rückkehrrecht für Flüchtlinge sowie die Anerkennung Bosnien-Herzegowinas als souveräner Staat in festen Grenzen durch Kroatien und Serbien.

Über den genauen Verlauf der Verhandlungen, erläutert der Student, habe er in der wissenschaftlichen Literatur nichts finden können. Die 21 Tage währenden Beratungen ohne Kontakt zur Außenwelt seien geheim gewesen. An dieser Stelle ergreift der Leiter des Seminars das Wort. [Wolfgang Ischinger](#), Honorarprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard-Karls-Universität, war damals als Beauftragter der Bundesregierung in Dayton dabei. Und so kann der Diplomat anschaulich über das Geschehen in der Air Base berichten.

DIE VERHANDLUNGEN AUS ERSTER HAND

Ischinger erzählt den Studenten von seinem nächtlichen Besuch im Zimmer des bosnischen Präsidenten Alija Izetbegovic, dem er eine Botschaft von Bundeskanzler Helmut Kohl überbrachte ("As Bismarck you have the chance to grab the mantle of history"). Er beschreibt die Vorliebe des serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic für amerikanische Schimpfworte ("Fuck you") und Sliwowitz zum Frühstück.

Überhaupt spielte der Alkohol offenbar eine nicht ganz unwichtige Rolle in Dayton. Bier und Wein standen für die Unterhändler aus dem ehemaligen Jugoslawien kostenlos zur Verfügung, und wenn die Delegierten am Abend mit gelöster Zunge telefonischen Kontakt in die Heimat aufnahmen, dann waren die gastgebenden Amerikaner ganz Ohr: Die (ebenfalls kostenlosen) Telefonate wurden abgehört. "So wussten wir immer um Stimmung und Haltung der Delegationen", sagt Ischinger. "Das hat die Verhandlungen wesentlich erleichtert."

Diese Anekdoten über praktische Krisendiplomatie sind ein Grund, warum die Studenten Ischingers Seminar, in dem er seine Erfahrungen aus 35 Jahren in Diensten des Auswärtigen Amts und der Vereinten Nationen weitergibt, so schätzen. "Das ist Politik hautnah", sagt einer. "Das kann kein Lehrbuch und auch kein normaler Professor bieten."

SCHWER ZUGÄNLICHE EINSICHTEN

Aber der frühere Botschafter, der unter anderem in Washington, London und Paris tätig war, vermittelt auch schwerer zugängliche Einsichten. "Der Kriegsverbrecher Milosevic", sagt Ischinger, "war in Dayton letztlich eine konstruktive Kraft, hat uns über einige Klippen geholfen und den Friedensschluss damit ermöglicht." Das wiederum hätte nicht geschehen können, wenn die USA ihn mit ihrem massiven militärischen Druck auf dem Balkan nicht an den Verhandlungstisch gezwungen hätten. "Merke", sagt Ischinger, "militärische Macht kann ein Mittel sein, Frieden zu erreichen."

In der Außen- und Sicherheitspolitik gibt es selten nur die Guten und die Bösen, die Sachverhalte sind nicht schwarz oder weiß, und Waffengewalt geht nicht immer nur von einem Aggressor aus. Vor dem Seminar hat Ischinger bereits eine Vorlesung gehalten. Das Thema war europäische Außenpolitik, Deutschlands neue Rolle als Zentralmacht in Europa und die damit verbundene Frage, ob die Bundesrepublik neben wirtschaftlicher künftig auch größere militärische Verantwortung übernehmen soll.

Und was genau ist das überhaupt, Verantwortung, zum Beispiel in Syrien? Gibt es nicht eine Schutzverantwortung für die Bürger von Homs oder Damaskus, die zu Zehntausenden abgeschlachtet werden? Wenn ja, können wir sie leisten, der Westen also und damit auch Deutschland? "Wir können das Morden nicht überall verhindern", sagt Ischinger den rund 100 Studenten, "aber wo wir es können, müssen wir es tun."

NICHT UNUMSTRITTENER GASTDOZENT

Für eine Vorlesung an einer deutschen Universität ist das schon gewagt. Professor Thomas Diez, der Ischinger eingeladen hatte, führte dessen Vortrag so ein: Sein Gastdozent sei ja "nicht ganz unumstritten hier, wie Sie wissen". So kann man das formulieren. Als das Politikinstitut Ischinger 2011 die unentgeltliche Honorarprofessur antrug, da regte sich im linken Unimilieu massiver Protest gegen den vermeintlichen "Kriegstreiber".

Der Diplomat habe sich für Auslandseinsätze der Bundeswehr ausgesprochen, halte militärische Gewalt generell für ein politisches Mittel und sitze der Münchner Sicherheitskonferenz vor. Dieses jährliche Treffen von Politikern, Diplomaten und Militärs sei "eines der schlimmsten Kriegstreiber-Foren".

Die Verpflichtung Ischingers, so wurde argumentiert, verstoße gegen die Zivilklausel der Hochschule. Diese Klausel wurde 2010 in die Grundordnung der Universität aufgenommen, sie lautet: "Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen." Unter Berufung auf diesen Satz wurden Ischingers erste Veranstaltungen lautstark gestört, an einem wissenschaftlichen Diskurs ließen die Protestler kein Interesse erkennen.

HAUSVERBOT FÜR BUNDESWEHR-NACHWUCHSWERBER

Das ist keineswegs ein Einzelfall. Ein Blick über Tübingen hinaus belegt: Im deutschen Bildungswesen wird verstärkt mobilgemacht gegen das Militär. Gerade wurde der Aachener Friedenspreis an drei Schulen verliehen, die für die Nachwuchswerber der Bundeswehr ein Hausverbot verhängt hatten. Man könne nicht so tun, hieß es in der Laudatio, als ob der Beruf des Soldaten etwas ganz Normales sei. Schließlich lerne man das Handwerk des Tötens. Die FDP-Bundestagsabgeordnete Miriam Gruß nennt diese Argumentation "fragwürdig. Unsere Soldaten haben Respekt verdient und nicht Ignoranz oder Arroganz. Während manche Gutmenschen mit dem Gefühl moralischer Überlegenheit unsere Bundeswehr diffamieren, riskieren die Soldaten im Einsatz ihr Leben für sie."

Dass Frieden kein Naturzustand ist und manchmal mit völkerrechtlich legitimer Militärgewalt errungen oder verteidigt werden muss, blenden auch manche Universitäten aus. Die Zahl der Hochschulen jedenfalls, die Zivilklauseln verabschieden, wächst rasant.

Wie diese Selbstverpflichtungen zur Friedensförderung – im Kern geht es dabei meist um den Versuch, die Akquirierung von Drittmitteln für die Forschung aus der Rüstungsindustrie zu verhindern – konkret auszulegen sind, darüber versucht eine kleine Schar von Studenten die Deutungshoheit zu gewinnen. Unterstützt werden sie dabei von diversen Gruppierungen der Friedensbewegung, radikalpazifistischen Aktivistinnen und Gewerkschaften wie Ver.di und GEW.

THOMAS DE MAIZIÈRE SOLL DRAUSSEN BLEIBEN

Schon über die Frage, ob Forschungsprojekte, die letztlich dem Militär dienen könnten, per Dekret verboten werden sollten, lässt sich mit Blick auf die im Grundgesetz verbrieftete Freiheit der Wissenschaft trefflich streiten. Aber den friedensbewegten Aktivistinnen geht es um mehr. Für alles, was irgendwie mit Bundeswehr oder Sicherheitspolitik zu tun hat, soll nach ihrem Willen gelten: Wir müssen draußen bleiben.

Der Bundesminister der Verteidigung hat das gerade erlebt. Thomas de Maizière (CDU) wollte an der Berliner Humboldt-Universität über den "Beitrag der Bundeswehr zum gesellschaftlichen Zusammenhalt" referieren. 300 Gäste waren in das Audimax gekommen, um ihm zuzuhören.

Doch einige Dutzend Störer ließen das nicht zu: Mit Kunstblut befleckte Studenten drapierten sich auf dem Podium, andere piffen, klatschten, brüllten Parolen wie "Nie wieder Deutschland" oder "Nie wieder Krieg". De Maizière versuchte, mit an die Wand projizierten Textbotschaften für einen Dialog zu werben, doch vergeblich: Nach einer halben Stunde gab der Minister auf und verließ den Saal. Sein schriftlicher Abschiedsgruß lautete: "Schade. Ich weiche der Diskussion nicht aus. Aber ein Teil des Saales offenbar doch."

Der Unirektor gab zu Protokoll, er habe sich über "diesen engagierten Antimilitarismus grundsätzlich gefreut". Leider sei nur die "ursprüngliche Form der Universität, die Disputation, also Rede und Gegenrede" verletzt worden. Seine Reaktion auf den gelungenen Versuch, die Freiheit der Meinung an seiner "Elite-Universität" zu unterdrücken, lautete: Er wolle dem Minister nun eine schriftliche Entschuldigung zukommen lassen.

ISCHINGER BLEIBT HONORARPROFESSOR

In Tübingen ist man da etwas mutiger. Dort widerstand das Politik-Institut der Forderung der Zivilklausel-Anhänger, die Berufung von Wolfgang Ischinger zum Honorarprofessor rückgängig zu machen. Der Diplomat kämpfte allerdings auch selbst engagiert dafür, seine Sicht der Dinge vermitteln zu dürfen. "Ich habe mich in meiner gesamten beruflichen Laufbahn für Abrüstung und Friedenspolitik eingesetzt", erklärte er der Lokalzeitung.

Die Anwendung militärischer Gewalt dürfe immer nur Ultima Ratio sein. "Aber die Welt, in der wir leben, ist leider kein friedliches Paradies. Es ist eine Welt mit Diktatoren, mit schrecklichen Bürgerkriegen, Piraten und Terroristen." Die Resonanz auf die Lehrveranstaltungen ermutigt ihn: Seine Zuhörer sehen die Proteste als "Versuch einer Minderheit in der linken Studentenschaft, ihre Ruhe im Elfenbeinturm gegen störende Realitäten" abzuschotten.

Zum Abschluss des Seminars am Dienstagabend war übrigens der General a. D. [Klaus Reinhardt](#) in Tübingen zu Gast. Er war 1999 Befehlshaber der internationalen Schutztruppe im Kosovo – nach Diktation der Zivilklausel-Aktivisten also ein "Kriegstreiber". Nur: Nach 14 Jahren der Militärpräsenz stehen Serbien und das Kosovo in diesen Tagen vor einem Friedensabkommen. Von Soldaten flankierte Krisendiplomatie ist eben ein oft langwieriges Projekt. Wie man sie erfolgreich betreibt, lässt sich studieren – wenn man denn will.

Artikel erschienen am 18.05.2013
Thorsten Jungholt

Mehr zum Thema:

- ➔ [Rückfall in affärengelagte Ära Guttenberg](#)
- ➔ [Studenten verhindern Vortrag von de Maizière an Uni](#)
- ➔ [Psychotests für deutsche Soldaten geplant](#)
- ➔ [Die bedrohten "Kollaborateure des Westens"](#)
- ➔ [Jeder vierte Freiwillige verlässt Bundeswehr vorzeitig](#)